

Sächsische Zeitung

Landeszeitung für die Provinz Sachsen

1912. Nr. 583. für Anhalt und Thüringen. Jahrgang 205. Zweite Ausgabe

Donnerstag, 12. Dezember 1912. Verlagsstellen für die (schlesische) Grenzgebiete ober dem Raum für Halle u. in der Saalfeld 20 Bfg., außerdem 20 Bfg. — Stellen am Ende des redaktionellen Teils die Seite 100 Bfg. — Entgelt für die Abgabe in Halle a. S. und bei allen anderen Annoncenstellen.

Das Vaterland und die Parteien.

Der Naumburger Konföderate Kreisverein, der seit einer Reihe von Jahren im Winter allmonatlich seine Mitglieder und Freunde durch die Veranstaltung einer Anzahl von gelegentlichen Vortragsabenden erfreut, hat auch am letzten Donnerstag einer zahlreichen Zuhörerschaft, die den Saal des Schützenhauses bis auf den letzten Platz füllte, einen hochinteressanten Vortrag des bekannten Naumburger Schriftstellers Wolfgang Eichenhart über das Thema „Das Vaterland und die Parteien“.

Der Vortragende führte etwa folgendes aus: Was ein Volk in einer freien Verfassung zur eigenen Gestaltung seiner Geschichte berufen wird, das finden die widerstrebenden wirtschaftlichen und geistigen Bestrebungen in der Bildung sich bekämpfender Parteien ihren Ausdruck. Eine Einigung derselben, von der stets die Wohlfahrt und das Gelingen des Volkes abhängen wird, wird aber nur da möglich sein, wo das Nationalgefühl die in den einzelnen Parteien verfochtene Klassenfeindschaft übertrifft; denn über den politischen Parteien mit ihren oft so leidenschaftlichen Kämpfen, liegt die Idee des Vaterlandes. Das Vaterland hat unsere Tugenden schützt und befestigt, unsern Leben in Schulen und Bildungsinstitutionen den geistigen Gehalt gegeben. Es hat uns von Jugend auf vermischt, was seine Gelehrten fanden und entdeckten, was seine Künstler schufen, was an tiefen Lebenswahrheiten seine Dichter ausbrachten, was seine Kämpfer, sein Erwerb- und Wirtschaftslieben an Kulturwerten erwarbt. Was wir sind und was wir wurden, danken wir dem Vaterland. Es wäre darum allein die Pflicht der Dankbarkeit, für des Vaterlandes Ehre, Ansehen und Machtstellung einzutreten. Aber leider fehlt unter den sonst so vorzüglichen Charaktereigenschaften des Deutschen der Nationalstolz, wie wir ihn bei Engländern und Franzosen zu so herborragendem Maße ausgebildet finden. Am Deutschen liegt ein weltbürgerlicher Zug. Der Deutsche verachtet fremde Kultur zu verachten und berührt dabei neidlos die Größe des eigenen Vaterlandes, so daß in der tausendjährigen deutschen Geschichte nur an wenigen Höhepunkten ein starkes Nationalgefühl zum Durchbruch gelangt. Diese Tatsache ist es auch, welche für die erhöhten Parteiforderungen der Gegenwart und des sonst so schwer korrigierten Nachwachs der Sozialdemokratie in einer Diktaturmoral die Erklärung gibt. Hierzu kommt die zweite beachtliche Anlage des Deutschen, sein Sinn zum partikularen Sonderleben, wie es in der Geschichte früherer Zeiten im Stammespartikularismus und heutzutage im Parteipartikularismus seinen Ausdruck findet. Am Stammespartikularismus ging das alte Deutsche Reich zugrunde, und der Parteipartikularismus ist der Grund der offenkundigen Vernachlässigung der Pflichten gegen das Vaterland im neuen Deutschen Reich. Die konföderative Partei hat allerdings bei großen vaterländischen Aufgaben niemals versagt, hat seine Heeres- oder Flottenvorläge abgelehnt, nach Vermögensübertragung, wenn es die Befriedigung wichtiger vaterländischer Bedürfnisse galt. Sie war stets eine entschlossene Verteidigerin einer starken Monarchie. Auch die national-liberale Partei hat rühmlichen Anteil an der Gründung und dem Ausbau des neuen Deutschen Reiches. Aber leider mächtigt sie sich heute allzu sehr dem Schwundpunkte des unerschütterlichen Fortschritts und des sich in den Vorden und Vorden der Sozialdemokratie im Großstadl zusammenzuziehen. Der Vorkämpfer des Sozialismus, der heute „fortschrittliche Volkspartei“ genannt, hat zwar in jüngster Zeit den schroffen Ablehnungsstandpunkt gegenüber Militär-, Flotten- und Kolonialforderungen ein wenig aufgegeben. Seine nationale Aufrichtigkeit erweist jedoch bedenklich bei seiner Abhängigkeit von internationalen Weltmächten einerseits, und andererseits seiner immer stärker hervortretenden Ablehnung an die durch und durch vaterlandfeindliche Sozialdemokratie, mit der er sich bei den letzten Reichstagswahlen sogar gegen die vaterlandstreuen Parteien der Rechten verbündete und sich damit zum Mitschuldigen an dem Wachsstum der Sozialdemokratie, und an der inneren Schwächung unseres deutschen Vaterlandes machte. Schwer zu beurteilen ist das Zentrum, das sich trübe oft an der Seite des Fortschritts bei der Ablehnung von Steuer- und Militärforderungen befand, während es andererseits viele nationale Forderungen bereit mit den Konföderation bewilligen ließ. So hat es an der Seite der Konföderation für die Bismarcksche Vollpolitik für die Gründung des Mittelstandes in Stadt und Land getätigt, andererseits aber auch dem Reich durch sein Eintriften für die nichtdeutschen Nationalitäten an den Grenzen manigfache Verlegenheiten bereitet. Neue, gewaltige Aufgaben treten heute an unser Volk heran, wo wir in der großen Probleme der Weltpolitik eingetreten sind. Um diese lösen zu können, dazu bedürfen wir, wie im Jahre 1870, eines patriotischen Volkes und einer begabteren Jugend. Die Zukunft der Völker hängt ab von der Stärke ihres Patriotismus, von der Kraft und Macht ihres nationalen Willens. Was nun heute not tut, ist ein entschlossener, herzhafter, deutscher Patriotismus, der den Partikularismus des alten Uppig wachsenden Parteilebens beugt unter die großen Gesichtspunkte einer frohstrollenden nationalen Volkst.

Vor den Friedensverhandlungen.

In Wien ist die Stimmung umgeschlagen. Die Regierung und teilweise Beurlaubung wegen der plötzlichen Veränderung in der Heeresleitung hat einer ruhigeren Auffassung Platz gemacht. Die wiederholten offiziellen Versicherungen, daß die Veränderungen mit der außenpolitischen Lage nichts zu tun hätten, haben doch Erfolg gehabt. In Ausland ist man aber verstimmt über die österreichischen Mitteilungen an der Diktrone, daselbst Ausland, das selbst die Grenze gegen Serbien-Ungarn weissenfanden befestigt hält. Die Wiener Regierung kann insofern nicht in Betreff der selbst behauptet werden, nämlich, wenn die russische Regierung sich hart genug zeigt — an ihrer Friedensliebe wollen wir auch heute nicht zweifeln. — Ihre Kriegsvorbereitungen rückgängig zu machen. Will Ausland den Krieg, so ist das nicht unsere Sache, sondern Auslands Sache, und wir würden einen solchen Krieg mit allem, was aus ihm erwachsen kann, ohne Resignation entgegennehmen, obgleich wir ihn, unter dem Gesichtspunkte der tatsächlichen Lage, nicht für notwendig halten.

Die Friedensverhandlungen.

Entgegen den Gerüchten, daß Griechenland im geheimen Einverständnis mit den anderen Verbündeten aus tatsächlichen Gründen dem Waffenstillstand nicht beitrifft, hält man in London, gemäß auf Meldungen aus Saloniki, an der Ansicht fest, daß griechischen den Waffenstillstand nicht alles eifrig Einigkeit ist. Griechenland, so berichtet man, erklärt sich im Prinzip mit den Bedingungen des vorgeschlagenen allgemeinen Waffenstillstandes unzufrieden und ist in seiner Forderung auf Fortsetzung des Krieges so weit gegangen, den erschöpften Bulgaren auf dem tragischen Kriegsschauplatz eine bedeutende Truppenmacht zur Unterstützung anzubieten. Nach Serbien und Montenegro sollen durchs gegen den Absicht des Waffenstillstandes gehen sein, Montenegro insbesondere wegen der noch immer nicht gelungenen Einnahme von Skutari. Da aber diese beiden slavischen Staaten von vornherein die Beizetzung ihrer Interessen in die Hände Bulgariens gelegt haben, so konnten sie sich dem bringenden bulgarischen Wunsch nach Einleitung der Feindseligkeiten nicht widersetzen. Wenn sich diese Darstellung der österreichischen Verhältnisse bewahrheitet, so dürfte es auf der Londoner Konferenz in der Tat noch manche harte Aus zu finden geben.

Die Vorkämpfer-Reunion.

Der Termin über die Vorkämpferkonferenz ist bereits endgültig festgelegt worden; sie wird nächste Woche in London zusammenzutreten und es verhält, daß die Beratungen sehr reich vor sich gehen werden. Die Teilnehmer an der Konferenz sind: Graf Weydler für Österreich, Fürst Kriemhild für Deutschland, Marschall Imperial für Italien, Graf Cambon für Frankreich, Graf Wendenborff für England und für England Sir Edward Grey.

Die Cholera in Konstantinopel.

Einer Meldung aus Konstantinopel zufolge hat der internationale Sanitätsrat einen Spezialarzt zur Bekämpfung der Cholera nach Konstantinopel berufen. Amtlich wird die Nachricht von Konstantinopel Stadtpräsidenten bestätigt. Wie weiter gemeldet wird, nimmt die Cholera wieder zu, täglich fallen viele Personen der Seuche zum Opfer.

Der Kampf um Skutari.

Von einem Waffenstillstand in Skutari ist keine Rede mehr. Die Kämpfe nehmen einen immer größerem Umfang an, und nicht nur während der Nacht, sondern auch am Tage finden heftige Angriffe statt. Das montenegrinische Amtsblatt meldet: Heute kam es vor Skutari zu kleineren Gefechten zwischen türkischen und montenegrinischen Vorposten. Prinz Mirko und General Martinović, welche die Positionen besetzten, kamen in Gefahr, erschossen zu werden.

Die Spannung zwischen Österreich und Serbien.

Ein interessantes Detail der politischen Stimmung, die augenblicklich herrscht, wird dem „Neuen Wiener Tagblatt“ aus Budapest berichtet. Der Landesverteidigungsminister, Baron Pözl, wurde von mehreren Abgeordneten gefragt, wie sich die auswärtige Situation gestalte. Darauf antwortete er nur die drei Worte: „Stille und gut!“ Gestern vormittag fand in Schönbrunn bei Wien unter dem Vorstehe des Kaisers eine Ministerratsbesprechung statt, an der Erzherzog Franz Ferdinand, Minister des Heuberg Graf Berthold, der gemeinsame Finanzminister Ritter von Hülfski, Ministerpräsident Graf Stürgk, Landesverteidigungsminister v. Georgi und Finanzminister v. Jalesi teilnahmen. Die „Wiener freie Presse“ erzählt, die Ministerversammlung sei auf kein neues heunruhigendes Moment in der auswärtigen Krisis zurückzuführen und habe hauptsächlich den Zweck gehabt, dem Kaiser die Information über die mit der gegenwärtigen, unswärtigen Krise zusammenhängenden Fragen zu erleichtern. Der gemeinsame Empfang der Minister sei abgemacht worden, damit der Kaiser nicht genötigt sei, jeden Minister einzeln zu empfangen. Informationen der Blätter stellen übereinstimmend fest, daß die auswärtige Lage stationär ist. Indessen mochte sich io-

wohl in Wien als in Budapest eine zuverlässigere Auf-

fassung geltend. In der letzten Plenarversammlung des österreichischen Industriekongresses wies Handelsminister v. Schüller auf die wichtige Bedeutung der Industrie durch die Kriegseignisse hin und sprach die Erwartung aus, daß die Spannung sich ein den Interessen des Landes dienende Lösung erhebe. Das Mitglied des Industriekongresses Joseph führte aus, der Vertreter der österreichischen Industrie seien sich der Tragweite der gegenwärtigen politischen Verhältnisse bewußt. Der Zustand voller Unklarheit und die fortgesetzten Opfer seien auf die Dauer nicht zu ertragen. Wenn es entgegen den österreichischen Wünschen des Kaisers doch notwendig werden sollte, das Schwert zu ziehen, dann werde die österreichische Industrie voll und ganz die notwendigen Opfer bringen und treu zu Kaiser und Reich stehen. Gegenüber den Gerüchten, daß Konstantinopel gestört werden mitgeteilt, daß die Beziehungen zwischen Österreich und Serbien nicht ungetrübt sind, befindet sich vollständig wohl in Konstantinopel. Auch sei es nicht wahr, daß es krank oder infolge existenzieller Verlegenheiten befallig sei. Das „Wiener Tagblatt“ wies mehrere andere fidele Nachrichten widerlegen morgen wegen der Veröffentlichung von Berichten über militärisch-ökonomische Verhältnisse der Dreieinmächte an der Adriatische Konföderation.

Das untrübbene Albanien.

Nach einer in Wien eingelaufenen Meldung sind 1000 Griechen bei Farga an der Adria gelandet.

Deutscher Reichstag.

Sitzung vom 11. Dezember 1912.

Am Bundesratsstische die Staatssekretäre Dr. Delbrück, v. Seezungen, v. Tirpitz, Rüch.

Präsident Dr. Kaempf eröffnete die Sitzung nach 1 1/2 Uhr.

Auf der Tagesordnung stand zunächst die zweite Beratung des Kaisertragbeschlusses zum Reichshaushalt 1913. Dieser Beschlusse enthält Vorberatungen für die Schaffung lagermäßiger Unterfrucht auf Vorkum (zweite Rate 244 000 Mark) und für die Schutzgebiete Kamerun und Kiautschou. Die Position für Kamerun hat die Budgetkommission einweisen zurückgestellt; die Forderung für Kiautschou (800 000 Mark) für die Verstärkung des Personalbestandes der Besatzungstruppen ist von der Kommission aus dem Ordinarium in das Extraordinarium verwiesen worden.

Abg. Aoste (Soz.): Wir halten die vorliegende Forderung für durchaus ungerechtfertigt. Bei der Revolution in China sind Leben und Eigentum fremder Staatsangehöriger nicht angefaßt worden. Es geht nicht an, in einem fremden Lande dauernd große Truppenmassen zu halten. Der deutsche Einfluß hat seine Zeitrechnung in China erfüllt.

Abg. Dr. Waacke (Natl.): Ich habe die Empfindung, daß das deutsche Ansehen in China eine Steigerung erfahren hat, und daß dieses nicht zum mindesten beruht auf unserer harten Arbeit. Die meisten Geschäfte, die dort gemacht werden, sind sogenannte Regierungsgeschäfte. Sie bestehen in großen Lieferungen für Eisenbahnen, in Kolonialwaren usw. Das hört auf in dem Moment, wo die Chinesen den Respekt vor dem Deutschen verlieren. Unsere deutsche Einfuhr ist gewaltig gestiegen. Wir müssen uns den Weg an der Sonne dort erhalten. (Beifall.)

Abg. Aoste (Soz.): Bei einer früheren Gelegenheit in der Budgetkommission hat Herr Waacke ganz anders über Kiautschou gesprochen, er sagte, man könnte nur deshalb nicht die Kolonien und negativen nicht man von der ganzen Welt ausgelacht werden würde. Wenn wir die deutsche Kultur fördern wollen, so haben wir im eigenen Lande genug zu tun.

Der Nachtrag für Kiautschou wurde nach dem Kommissionsgutachten angenommen und darauf nach dem Antrag des Abg. Dr. Spahn, da ein Widerspruch aus dem Hause nicht erhoben wurde, sofort in dritter Lesung endgültig genehmigt, ebenso die Nachforderung im Militäretat für Vorkum. Sodann wurde die Beiprehung der Interpellation über die Konstitutionsfreiheit der Staatsarbeiter fortgesetzt.

Abg. Jäger (Natl.): Die Gemeindeförderungspolitik bezieht sich auf eine großen politischen Frage, an der auch die Regierung alles Interesse haben sollte. Wir verheben nicht unser Versehen, warum der Staatsrat gerade den gegenwärtigen Zeitpunkt für geeignet erachtet, diese Enklave als bloßen Statistat zu fernzeichnen und an sich als berechtigt anzuerkennen. Auf meine Vorstellung im Kriegsministerium wurde mir gesagt, die Auslegung des Gesetzes wegen des Militärarbeiterverbandes als Verbot sei ein Mißverständnis. Tatsache ist, daß die Mehrheit der Militärarbeiter einem Nebenberuf nachgehen müssen. (Hört! Hört!) Den Organisationsangelegenheiten (hört der Kriegsminister nicht an der Welt. Verdient er seinen Arbeiter, wie bis bisher zu funktionieren, dann suchen sie anderwärts ihre Verhältnisse, und sie können den Herrn nur noch viel unangenehmer werden. Der Kriegsminister hat allen Anlaß, unsere Organisations zu schämen. Damit handelt er im eigenen Interesse des Staates. (Beifall) Beifall bei den Nationalliberalen und Linken.)

Abg. v. Winterfeldt (Konf.): Der Kriegsminister hat erklärt, sein Vorhaben beruhe darauf, daß eine maßlose Agitation in die Reihen der Arbeiter hineingetragen worden sei, auf sei ein Mißverständnis der Kritik zu konstatieren gewesen. Der Kriegsminister hätte seine Pflicht verlegt, wenn er nicht so gehandelt hätte, wie er es getan hat. (Bravo! rechts.)

Abg. Dombel (Volk): Von den staatlichen Auftraggebern wird vielfach gefordert. Wir freuen uns über die Ausstellungen

Vertical text on the left margin, likely a library or archival stamp.

Schwe

des Hg. Jffer, zum Ende politischen Freunde, wenn sie unternehmen, und anders sein. Die Ausführungen, die hier über die Gewerkschaftsplanung des Papies gemacht worden sind, haben uns befreit.

Generalmajor Wandel: Mit dem Militärarbeiterverbande wurden wir zuerst 1900 befreit, als wir von Arbeiterausstellungen gefragt wurden, ob die Arbeiter dem Verbände beitreten könnten. Wir antworteten, gegen den Verband hätten wir nichts, aber die Art und Weise, wie das Verbandsorgan die Interessen der Arbeiter zu vertreten laufe, sei nicht geeignet, das gute Verhältnis zwischen der Militärbehörde und den Arbeitern zu fördern. Wir geben allen Wünschen und Beschwerden nach und haben Mühe zu schaffen. Es trifft nicht zu, daß ein Arbeiter entlassen worden ist, weil er zum Besten seines Vaters gefahren ist. Der Arbeiter ist ohne Erklärung und ohne richtige Angabe des Grundes fortgeblieben, später aber wieder eingekallt worden. Der Ton in dem Verbandsorgan ist immer beleidigend geworden. Es leitete in der Bearbeitung der Vorgesetzten das ungläubigste. Es ließ in dem Organ 1908: „Die Arbeiter müssen den Fuß, der sie tritt“, und 1910: „Ein Arbeiter wurde entlassen, um ein paar saule Herren in ihren lächerlichen Treiben nicht zu stören.“ (Dort fört rechts.) Am 8. Mai 1912 bemerkte das Organ, alle Wünsche der Arbeiter würden mit hohen Preisen abgelehnt, ein Militär folgte dem andern. Daraus kamen Angriffe auf die Mitarbeiter, die einmal Hege, Schindler, Spillig bezeichnet werden. (Dort fört rechts.) Solcher Angriffe lassen sich noch eine Menge anführen. Daß der Erlaß nicht veröffentlicht ausgelegt werden würde, hatten wir kaum voraussetzen können, aber bei den über 500 Dienststellen ist es doch an vereinzelten Stellen geschehen. Auch Aufstellungen haben stattgefunden, aber nicht überall aus den von dem Hg. Dr. Müller angegebenen Gründen. In einem Orte ist die Aufstellung von dem Ergeben des Erlasses erfolgt; in Schwerin gefiel den Arbeitern der Ton der Verbandspresse schon längst nicht mehr. Die Mithingstellung der Mitarbeiterliste ist längst erfolgt. Die Arbeiter selbst haben im ganzen den Erlaß nicht als Verbot betrachtet. Am 21. September lag Herr Falshof, der Erlaß habe einen verbandsfremdigen Charakter nicht erziele. Mehr kann man doch nicht verlangen. (Beifall rechts.)

Hg. Dr. Hegenfeldt (Nst.): Die Staatsarbeiter haben an den Staatspflichten mitzuwirken. Die Koalitionsfreiheit darf man ihnen deshalb nur soweit zurechnen, als sie mit dem Staatsinteresse vereinbar ist. Berufsorganisationen sind Forderungen der Zeit. Diese Organisationen müssen in die Lage versetzt werden, mehr als bisher gehört zu werden, sofern sie die angemessene Form nahen.

Hg. Meyers (Wirtsf. Bg.): Erst vor Kurzem gelang es, bei allen bürgerlichen Parteien völlige Klarheit darüber zu schaffen, daß eine vereinsrechtliche Streikfreiheit den Staatsarbeitern nicht zugesprochen werden darf. Nur die Sozialdemokraten in ihren Forderungen sind nicht zurückgeblieben. Die neutralen Verbände müssen sich zu einer bescheidenen Einseitigkeit nach links, zu einer demütigen Koalitionsfreiheit nach rechts hin, zu einer demütigen Koalitionsfreiheit im Interesse der Arbeiter und des Gesamtvolkes begeben. Dies ist umso notwendiger, als ein Teil der Staatsarbeiter wünscht, über kurz oder lang in ein Beamtenverhältnis überzutreten. Wenn die neutralen Verbände auf nationalem Boden für die wirtschaftlichen Interessen der Staatsarbeiter eintreten wollen, so werden sie auf die Dauer garnicht anders können, als zu unserer großen Gruppe zu stoßen.

Hg. Weinhausen (Nstf. Bg.): Das einzige Ergebnis der Debatte des Staatsrechts ist, daß die Reform des Koalitionsrechtes zu den dringlichsten Aufgaben gehört. Die Gesetzgebung, die doch aus ausdrücklichem Streiks, Ausprägung und Vorkaufsrecht, nur kirchlich-religiöse Fragen berührt, kann doch nur jemand behaupten, den es lebendig krank ankommt, die ganze soziale Frage in das Gebiet des Staatsrechts zu verweisen. Dann sollte aber Herr Ledebur auch seine ganze sozialpolitische Abteilung an den preußischen Staatsminister v. Zviot zu Holz abgeben. Die Rede des Staatsrechts hatte den politischen Zweck, dem Zentrum einen guten Dienst zu leisten. Es ist für diesen Zweck besonders nun mal, die christlichen Gewerkschaften zu loben, lasse ich dahinstehen. Was weniger zuzubeden sein könnte, ist der Autonomie des Kriegsministeriums. Ein einziger Griff in die Kommandogewalt und die Disziplinargewalt der höchsten Gefeß unseres Kriegswesens deutet niemand von uns, aber ist es wirklich die richtige Antwort auf unsere Frage, wenn man mit dem Säbel aufsteht und uns zuruft: „Ist eine Sache!“? Es bleibt bestehen, daß ein Drittel des Verbandes zu Grunde gegangen ist. Wo Organisation ist, ist Ordnung; die Organisation der Arbeiter ist eine Erziehungsanstalt im besten Sinne des Wortes und sollte deshalb nicht so geringfügig von den Verwaltungsstellen behandelt werden. Von der Einbringung eines Mißvertrauensgesetzes haben wir Abstand genommen, erklären aber, daß wir mit der Behandlung der Organisations seitens der Behörden nicht einverstanden sind.

Ein inzwischen eingegangener Antrag auf Schluß der Debatte wurde von dem Antragsteller zurückgezogen.

Hg. Wochte (Zg.): Von den Vertretern der Rechten konnten wir nichts anderes erwarten. Das Zentrum hat seit Jahren den Staatsarbeitern das Streikrecht auf keinen Fall zugestehen wollen. Der Recht ist, soll nicht bleiben. Es wird darauf hingewirkt, daß sich die Arbeiter selbst nicht organisieren sollen. Nach dem von der Militärbehörde ausgearbeiteten Statut haben die Arbeiter auszufüllen gar keinen praktischen Wert. Wöllig unangenehm ist es, daß das Koalitionsrecht durch Privatverträge illusorisch gemacht wird. Die Ausführungen des Staatssekretärs waren eine Kriegserklärung gegen das Millionenheer der Arbeiter. Diese nehmen den Kampf auf und werden ihn bis zum Siege durchführen. (Beifall bei den Soz.)

Hg. Schwarz-Schweinfurt (Zent.): Die Sozialdemokraten treiben die Arbeiter durch ihren Terrorismus in unsere Organisationen. Wir lassen uns das Recht nicht verlieren, für unsere Mitarbeiter einzutreten.

Darauf wurde ein Verlagsantrag angenommen. Nächste Sitzung Donnerstag 11 Uhr: Wege, mangelinterpellation; Wahlprüfungen; Wahlprüfungsresolutionen und Denkschrift, betreffend Anstellungsverhältnisse der Postbeamten. Schluß nach 1/2 Uhr.

Preussischer Landtag.

Abgeordnetenhaus. Sitzung vom 11. Dezember 1912.

Am Regierungstische die Minister Dr. Seydow und v. Breitenbach. Präsident Hr. Graf v. Schwerin-Bowig eröffnete die Sitzung am 11/2 Uhr.

Die zweite Beratung des Gesetzentwurfes über das Schlepplimonopol auf dem Rhein-Wefer-Kanal und dem Ripp-Kanal wurde in der Besprechung über § 1 fortgesetzt.

Auf Vorschlag des Hg. Dr. Vorch (Zent.) wurde die Fortsetzung der allgemeinen Besprechung ausgesetzt, weil noch ein neuer Antrag vorberichtet wurde und zunächst die Frage des Endener Defens verhandelt.

Handelsminister Dr. Seydow: Bekanntlich hatte die deutsche Neederereigesellschaft dem Reichstag und Bundesrat die Erstellung einer Auswandererkonvention von Emden nach Amerika nachgeliefert mit 14tägiger Frist von Emden aus dem Schiffsfahrplan nach New York für Passagiere, Fracht- und Auswandererverkehr. Die Gesellschaft lag ein Antrag auf den Hamburg-Amerika-Linie und des Bremer Lloyd vor, welche eine Aushebung ihrer Auswandererkonvention auf den Hafen Emden nachließen und für den Fall der Genehmigung bereit waren, nach Wahl der Regierung entweder in derselben Weise, wie es die Neederereigesellschaft vorschlug, von Emden ausgehend, 14tägige Linien nach New York einzurichten oder aber in Emden anlangende, von einem anderen deutschen Hafen ausgehende Linien nach New York in 14tägiger Frist und daneben nach Südamerika, nach Ost-Indien und Australien in vierwöchiger Frist; also fünf Verbindungen nach vier Richtungen innerhalb vier Wochen. Der Bundesrat hat dem Gesuch der Deutschen Neederereigesellschaft nicht stattgegeben, weil er ein Bedürfnis zur Konventionierung neuer Auswanderer-Unternehmen anerkennt, weil nicht steigende deutsche Auswanderung angestrebt wird, er ferner für die von der Deutschen Neederereigesellschaft in Aussicht gestellte Heranziehung von Auswanderern, die jetzt über Antwerpen und Rotterdam gehen, nach Emden keine Wirtschaftlichkeit annahm, und weil er endlich bestreite, daß der mit einer solchen neuen Konvention verbundene Beifall der neuen Linien mit den bestehenden Auswandererlinien der Hamburg-Amerika-Linie und dem Lloyd zum Schaden der beiden letzten ausföhlen würde und den deutschen Interessen widerläufige. Dagegen hat sich der Bundesrat bereit erklärt, den beiden Bremer und Hamburger Gesellschaften die nachgelagerte Erweiterung ihrer Auswandererkonvention für Emden zu erlauben, wenn sie eine der beiden übernommenen Verpflichtungen erfüllen. Die Verhandlungen mit den beiden Linien Dapag und Lloyd haben folgendes Ergebnis gehabt: Die beiden Linien haben sich verpflichtet, erstens vom 1. April 1914 ab den Dienst Emden-New York vierzehntägig aufzunehmen mit der Befugnis, als Auswandererfähigen anderen deutschen Häfen zu vernehmen und Emden als Anlaufhafen zu nehmen. Ferner haben sie sich verpflichtet, vierwöchentlich eine Frachtlinie nach Südamerika, nach Ostindien und nach Australien einzurichten, als erforderlich erscheinenden für Personen, Fracht und Auswandererverkehr in Emden zu treffen. Als ganze Verpflichtung für Emden zu erfüllen, wenn auf die Dauer von zwei bis drei Jahren übernommen werden. Es unterliegt keinem Zweifel, daß das abgeschlossene Angebot mit dem fünfmaligen monatlichen Verkehr nach vier Richtungen im Emdener Interesse vorzuziehen ist, als das Angebot der Neederereigesellschaft. Zieht man in Betracht, daß diese Ertragsgeschäfte für Emden gestiftet sind, ohne Schwächung unserer beiden großen Linien, so kann nicht bloß die Regierung, sondern auch die Stadt Emden mit dem Vorgehen zufrieden sein. (Beifall.)

Hg. v. Schudmann (Konf.): Das Verhalten der Regierung gegenüber der Neederereigesellschaft hat großes Erstaunen hervorgerufen, ganz besonders wenn man bedenkt, daß der Preussische Staat in Emden 80 Millionen hineingesteckt hat und daß diese Summe noch größer wird, wenn man die Kosten des Dortmund-Ems-Kanals miteinrechnet. Das ist ein Beweis, daß eine neuen Auswandererkonvention hat die Regierung anerkannt, indem sie die beiden anderen Gesellschaften neue Konventionen erteilt hat. Man muß deshalb fragen, warum diese den beiden anderen Linien nicht der Neederereigesellschaft gegeben worden ist. Es ist richtig, wenn man der Konkurrenz des Auslandes gegenüber den deutschen Gedanken hochhält, aber es geht doch zu weit, bei uns deshalb jede gesunde Konkurrenz zu unterbinden.

Handelsminister Dr. Seydow: Es fällt der Regierung gar nicht ein, jede Konkurrenz auszuföhlen. Ausgeschlossen ist die Konkurrenz auf dem Gebiete des Auswandererwesens, und das will und muß die Konkurrenz beschränkt werden, denn es ist ein wichtiges allgemeines grundlegendes und politisches Interesse, daß das Auswandererwesen sich bei tauglichen Überwanderungsmöglichkeiten leicht darstellt. Etwas anderes ist es, wenn man einer bisherigen Gesellschaft einen neuen Hafen gestattet. Da stehen die Überwanderungsstationen, die Kontrollstationen, die Agenten überall dieselben. Es ist zwischen Emden und den Linien eine Interessengemeinschaft geschloffen, begründet schon dadurch, daß die Linien sehr große Aufwendungen für Emden werden machen müssen. Ich habe dabei, daß die Regierung das vom Vordereher gemüßigte Interesse für den Hafen Emden nicht besser als dadurch befunden konnte, daß sie das Gesuch der Neederereigesellschaft ablehnte und dem von Lloyd und der Dapag stattgab. (Beifall links.)

Hg. v. dem Hagen (Zent.): Ich stimme in allen Punkten Herrn v. Schudmann zu.

Hg. Hübnering (Nstf.): Die Gesellschaft von Emden zeigt uns, wie viel es seit der Zeit des Großen Kurfürsten verlangt hat, um die Aufgabe der preussischen Regierung, der Stadt zu helfen. Es ist nur zu bedauern, daß die Regierung die Deutsche Neederere, hinter der der Föhrtenkonzeption steht, nicht unterstützt hat. Ich würde es begrüßen, wenn der Föhrtenbund sich durch die Ablehnung der Konvention nicht absprechen ließe, neue transatlantische Linien von Emden aus zu schaffen. Es ist wenigstens erfreulich, daß der Auswandererverkehr der beiden Linien jetzt auch über Emden geführt werden soll.

Hg. Pippmann (Nstf. Bg.): Wir wollen nicht die preussischen Interessen den Reichsinteressen voranstellen. Zu den Interessen des Reichs gehört auch die Erhaltung der Kraft und Macht von Hamburg und Bremen. Die Schaffung einer neuen Linie hat gewiß manche Vorteile. Demgegenüber steht aber die Frage, was kann man vom Föhrtenkonzeption erwarten? Die Danzbarkeit, welche der Vertreter Emdens hier ausgedrückt hat, ist keineswegs unbegründet. Der Staat sollte mehr für Steuerrückstände, die den Hafenbahnen schmal zu groß sind, als in andere Weise nach weichen Bemerkungen der Hg. Graf Wolke (Zentf.), v. Schudmann (Konf.) und des Handelsministers Dr. Seydow nur die Debatte über die Emdener Frage beend.

Darauf wurde die Beratung über § 1 des Schlepplimonopolgesetzes fortgesetzt. Dazu war ein neuer Antrag von Kenim (Konf.) und Hrg. von Zehlig (Zentf.) eingegangen, wonach Bahnzüge, die lediglich den Dortmund-Wefer-Beveger-Kanal benutzen, in den ersten 15 Jahren nach Inbetriebnahme des Rhein-Weferkanals von dem staatlichen Schlepplimonopol freizulassen sind. Dieser Antrag wurde unter Ablehnung aller übrigen Anträge mit den Stimmen der Konservativen, des Zentrums und eines Teils der Nationalisten angenommen. Mit dieser Annahme wurde § 1 nach den Kommissionsbeschlüssen angenommen.

Zu übrigen wurde der Gesetzentwurf unter Ablehnung von sozialdemokratischen Anträgen unverändert nach den Kommissionsbeschlüssen angenommen.

Es folgte die dritte Beratung eines Entwurfes des Gesetzes für das unterdeutsche Industriegebiet. Der Gesetzentwurf wurde ohne Debatte unverändert angenommen.

Am 12. Dezember 1912. Es folgte die dritte Beratung eines Entwurfes des Gesetzes für das unterdeutsche Industriegebiet. Der Gesetzentwurf wurde ohne Debatte unverändert angenommen.

Am 13. Dezember 1912. Es folgte die dritte Beratung eines Entwurfes des Gesetzes für das unterdeutsche Industriegebiet. Der Gesetzentwurf wurde ohne Debatte unverändert angenommen.

Am 14. Dezember 1912. Es folgte die dritte Beratung eines Entwurfes des Gesetzes für das unterdeutsche Industriegebiet. Der Gesetzentwurf wurde ohne Debatte unverändert angenommen.

unter Veranschlagung berechtigter Sonderverordnungen, geregelt werden soll. Ferner werden dem Antrage einhellige Bestimmungen über die Folgen der ungetragenen Schuldenrückstände, über Strafen und Strafverfahren verlangt.

Die Unterrichtsminister beantragte Annahme des Antrages, ebenso Hg. Hegenfeldt (Konf.).

Hg. Dr. Glatfelter (Zent.) erklärte sich gegen den Antrag, weil darin die Frage des Erbkinderrechts und die Frage des Religionsunterrichts der Dissidenten nicht geregelt sei. Hg. Hoff (Nstf. Bg.) und Hg. Borchardt (Soz.) stimmten dem Antrage zu.

Dieser wurde darauf mit großer Mehrheit angenommen. Es folgte die Beratung des Antrages der Hg. Kronenlof und Gen. auf Fortsetzung eines Besonderegesetzes zum Schutz der in Preußen vorhandenen Naturdenkmäler. Die Kommission beantragte, die Staatsregierung zu ersuchen, auf einen vermehrten Schutz der Naturdenkmäler Bedacht zu nehmen.

Der Kommissionsantrag wurde angenommen. Es folgte die Beratung des Antrages der Hg. Dr. Hg. (Zent.) und Gen. betr. Erhöhung der Entschädigung für Vorkaufsschuldner und Bekehrten für die Teilnahme an den Kreislotterien. Die Kommission forderte die Regierung auf, einheitliche Grundstücke für die zu gemeinsamen Entschädigungen aufzustellen und den entsprechenden Ersatz zu erhöhen.

Der Kommissionsantrag wurde angenommen. Hierauf vertrat sich das Haus. Nächste Sitzung Donnerstag 11 Uhr: Dritte Beratung des Schlepplimonopolgesetzes; Antrag Erstrof, betr. Erwerb eines Grundstücks des Kriegsministeriums für das Abgeordnetenhaus; kleinere Vorlagen. Schluß 1/2 Uhr.

Deutsches Reich.

* Beim Kaiser fand gestern abend im Theater des Neuen Palais bei Potsdam eine kinematographische Vorstellung statt, zu der eine Anzahl von Mitgliedern der Potsdamer Gesellschaft geladen war. Nach der Vorstellung war Diner an runden Tischen.

* Die pöbelische Ertränkung des Prinzenregenten Luibold von Bayern hat Verwirrung und aufreigtes Mißgefühl hervorgerufen. Der Zustand wird als ernst angesehen. Nach dem Bulletin trat gestern im Laufe des Tages keine Veränderung ein.

* Das preussische Staatsministerium trat gestern zu einer Sitzung zusammen. * Die sächsische Erste Kammer nahm gestern nach siebenstündiger Beratung den Entwurf des Volkszählungsgesetzes einstimmig an. Danach wurde in teilweise Abweichung von dem Beschlusse der Zweiten Kammer unter anderem beschlossen, daß der Volkszählung unterstellt in der ersten Kammer die Befugnisse für betreffende Anträge zu erteilen sei, daß der Lehrer das Gebühre des Volkserkenntnis abzugeben habe und daß es der freien Entscheidung der Schulgemeinde überlassen sei, ob es neben einer einfachen Volksschule eine höhere Volksschule unterhalten will und ob ein Schulgebäude errichtet werden soll. Ferner ist nach dem Beschlusse der ersten Kammer die Einführung einer Mähdensfortbildungsschule mit gewissen Erleichterungen für das platte Land in Aussicht genommen. Es hat nunmehr das Vereinigungsabkommen zwischen beiden Kammern zu erfolgen.

Die Eisenbahnverwaltung scheint ernstlich bemüht zu sein, die Besetzung der Eisenbahnstellen zu erleichtern. Von den am Dienstag geordneten 32125 Wagen wurden 32008 (das ist eine Mehrzahl) gestellt. Es fehlten also nur 67 Wagen. Es ist dies der Anfang von wieder erheblichen Zuständen.

* Ein Anseh der Reichsminister Deutschlands tagte gestern in Berlin. Es wurde eine Resolution angenommen, in der verlangt wird, daß der dem Reichstage vorliegende Gesetzentwurf betreffend Polizeiverordnung nicht mehr in den Stadtkammern, sondern auch dem allgemeinen Reichsgerichte zur Begutachtung werde.

Ausland.

Sturmjungen im belgischen Parlament.

Gestern nachmittag spielten sich im belgischen Parlament außerordentlich tumultuöse Szenen ab. Der Minister des Innern beantwortete eine sozialistische Interpellation, die sich auf die Wahlen anlässlich der Wahlen in Belgien bezog. In seiner Rede verurteilte er das Verhalten der Polizei bei den Unruhen. Infolge dessen wurde er von den Sozialisten fortwährend unterbrochen. Die Sozialisten ergriffen dagegen für den Minister Partei. Ammehy entstand ein Höllenlärm, der sich nicht legen wollte. Der Minister konnte seine Rede nicht fortsetzen. Einzelne Abgeordnete begannen sogar anzugreifen zu werden, so daß die Zuhörer eingreifen mußten. Die einzige Abgeordnete aus dem Hause entfernten. Erst nach fünfjähriger Unterbrechung konnte die Verhandlung fortgesetzt werden.

Die Luftschiffahrt.

Alle Höhen-Rekorde überboten! Der französische Flieger Garros ist gestern in Tunis 5801 Meter hoch geflogen und hat mit dieser Leistung alle bisherigen Höhen-Rekorde überboten.

Aus Nah und Fern.

Die morgantische Ehe des Großfürsten Nikolai. Der Bruder des Zaren, Großfürst Michael Alexander, der sich in der letzten Stunde zu Wien mit der geschiedenen Frau des Mittelmeeres von Wien trennte, soll ohne Abreise über Wien nach dem Dienst entlassen worden sein und nicht nach Genua über. Der unehelich geborene Sohn heißt Nikolai Mikidowitsch Brasar, nach dem Gute des Großfürsten Brasowa. Der Grafentitel folgte der Jar dem Neffen schon vor Monaten ab. Der Großfürst, ein ausgegebener Kletterer und prächtiger Kamerad, hat infolge der Witterung auch das Kommando über die russischen Gardebrigade verloren.

Zweifelhaftig in einem Dresdener Hotel. Internationale Hotelbesitzer haben im Hotel „Europaischer Hof“ in Dresden gestern einen Diebstahl ausgeführt, wobei ihnen Schmuckgegenstände im Werte von vielen tausend Mark in die Hände fielen. Die Diebstahlsfälle sind nach reiche Eingabern, die erst vor einigen Tagen in der Zeitung erschienen waren. Von den Dieben soll bisher jede Spur, doch läßt die Art des Diebstahls darauf schließen, daß man es mit den Mitgliedern einer internationalen Hotelbesitzer-Gesellschaft zu tun hat.

Abföhrer Unfall bei einem Rughdamm. In Konstantin (Dep. Wöste) fand ein Rughdamm zwischen dem dortigen und dem Grenzort Stütz Hain. Einer der Grenzort Spieler, Herr Beyer, suchte in tosendem Zorn die Erde zu zerlösen und rannte dabei mit gestrecktem Kopfe mit solcher Wucht gegen den ihm den Weg verperrenden Kapitän der Mannsfröht Montions an, daß er sich die Wirbelsäule brach. Der junge Mann starb kurz nachher. Der Kapitän der Mannsfröht Montions erlitt eine schwere Verletzung am Becken.

